

Besonderer Schutz nicht für alle Schützlinge

Gewalt und Konflikte bedrohen trotz internationaler Konvention das Leben jedes vierten Kindes weltweit

Marc Engelhardt, Genf



Kinder stehen hinter einem Zaun des Flüchtlingslagers Moria auf Lesbos.

Foto: AFP/Soelvi Iren Wessel-Berg

Als sie vor 30 Jahren die UN-Kinderrechtskonvention verabschiedet hatte, schunkelte die UN-Vollversammlung zu »We are the World«. Der damalige UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar holte die Schauspielerin und Unicef-Sonderbotschafterin Audrey Hepburn auf die Bühne, Kinder nahmen die Sitze der Diplomaten ein und testeten gleichzeitig alle Mikrofone.

Die ausgelassene Party hatte einen historischen Grund. Erstmals waren universelle Rechte von Unter-18-Jährigen

anerkannt worden: Rechte auf Gleichbehandlung, die Wahrung des Kindeswohls, auf Leben und Entwicklung und auch auf Beteiligung an wichtigen Entscheidungen. Die in 54 Artikeln und drei Zusatzprotokollen verbrieften Rechte gelten überall auf der Welt - außer in den USA. Sie haben die Konvention als einziges Land nicht ratifiziert.

Drei Jahrzehnte später warnen Kinderschützer vor Stagnation und Rückschritt. In armen wie in reichen Ländern hat sich in den vergangenen 30 Jahren die Kluft zwischen den Kindern vergrößert, die gut gefördert und behütet aufwachsen - und jenen, die keine faire Chance auf Teilhabe haben, warnt das UN-Kinderhilfswerk Unicef in seiner Bilanz.

Eines der größten Probleme dabei ist Bildung. Im Jahr 2000 war 100 Millionen Jungen und Mädchen im Grundschulalter der Schulbesuch verwehrt. Heute liegt die Zahl bei 59 Millionen, doch da stagniert sie. Auch Kinderarbeit, Frühehen und Genitalverstümmelung sind weiterhin verbreitet. Zudem ist die Dunkelziffer hoch, wenn es um Missbrauch, Ausbeutung, Vernachlässigung oder Diskriminierung von Kindern geht.

Doch es gibt auch Fortschritte: So ist etwa die Kindersterblichkeit deutlich gesunken. Trotzdem verloren Unicef zufolge 2018 täglich 15.000 Kinder ihr Leben, bevor sie ihren fünften Geburtstag feiern konnten. Auch hier gilt: Kinder aus den ärmsten Familien sind einem doppelt so hohen Risiko ausgesetzt wie die aus wohlhabenderen Familien. »Solange wir nicht auch die ärmsten und am stärksten marginalisierten Kinder erreichen, sind die Erfolge der vergangenen Jahrzehnte in Gefahr«, erklärt Cornelius Williams, Leiter der weltweiten Kinderschutzprogramme von Unicef.

Lesen sie auch: Verloren, verraten, vergessen. 30 Jahre nach der Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention scheitert die Wertegemeinschaft der EU an den Flüchtlingskindern, konstatiert Heiko Kauffmann^[1]

Krieg, Gewalt und Konflikte bedrohen unterdessen das Leben jedes vierten Kindes weltweit, bilanziert die Kindernothilfe. Mindestens 250.000 kämpfen als Kindersoldaten an irgendeiner Front. Dabei soll das zweite Zusatzprotokoll zur Kinderrechtskonvention von 2002 Kinder in bewaffneten Konflikten besonders schützen.

Demnach dürfen Minderjährige nicht zwangsweise zum Militärdienst eingezogen werden. Wer sich freiwillig meldet, muss mindestens 16 sein, darf aber nicht an Kampfhandlungen teilnehmen. Auch die Bundeswehr muss sich deshalb bis heute Kritik stellen: 2018 wurden von ihr laut Terre des Hommes 1679 Minderjährige als Soldatinnen oder Soldaten angeheuert. An der Praxis ändert die Kritik auch von Seiten der UN nichts. In Deutschland nicht, und erst recht nicht in Ländern wie der Zentralafrikanischen Republik oder in Kongo, wo die Zahl der Kindersoldaten zuletzt deutlich gestiegen ist.

Denn die Kinderrechtskonvention ist zwar völkerrechtlich bindend, doch Konsequenzen für Verstöße muss niemand befürchten. Das beklagt auch der UN-Menschenrechtsexperte Manfred Nowak, der im Jahr 30 der Kinderrechtskonvention sieben Millionen Kinder in Unfreiheit sieht. Zu ihnen gehören 330.000 Kinder, die im Zusammenhang mit Migration in Haft sitzen, aber auch 5,4 Millionen, die in staatlichen Einrichtungen Gewalt und Unterdrückung ausgesetzt sind.

Nicht zuletzt leiden Kinder am meisten unter den Folgen der Klimakrise^[2]. Greta Thunberg^[3] und 15 weitere Mädchen und Jungen wandten sich deshalb im September an den UN-Ausschuss für Kinderrechte in Genf, der die Konvention überwacht. Ihr Vorwurf: Regierungen ihrer Heimatländer, darunter auch Deutschland, täten zu wenig gegen den Klimawandel und verletzen damit Kinderrechte. Möglich sind solche Individualbeschwerden seit 2014, dank eines weiteren Zusatzprotokolls zur Kinderrechtskonvention, das auch Deutschland bindet.

Und so mag die ganz große Party zwar vorbei sein. Doch auch 30 Jahre nach der Verabschiedung spendet die Kinderrechtskonvention nicht nur Hoffnung, sondern bietet auch Hebel, mit denen der Nachwuchs die Welt verändern kann.

Links:

1. <http://https://www.neues-deutschland.de/artikel/1128850.verloren-verraten-vergessen.html>
2. <http://https://www.neues-deutschland.de/artikel/1128766.unicef-kinder-sind-zunehmend-durch-klimawandel-gefaehrdet.html>
3. <http://https://www.neues-deutschland.de/artikel/1128550.weltklimakonferenz-greta-segelt-mit-mitfahrgelegenheit-nach-madrid.html>

Quelle: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1128849.un-kinderrechtskonvention-besonderer-schutz-nicht-fuer-alle-schuetzlinge.html>